



## Niederschrift 41. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 25.05.2023  
**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 20:00 Uhr  
**Ort, Raum:** Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Straße 79/81

---

### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitz

Herr Tiemo Reimann      SPD

#### Ausschussmitglieder

Frau Dr. Sigrid Müller	Sozial.DIE LINKE.Potsdam	
Herr Leon Troche	SPD	anwesend ab 16:35 Uhr; abwesend ab 17:45 Uhr
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Matthias Kaiser	CDU	
Frau Katharina Tietz	anerkannte freie Träger	
Frau Madeleine Floiger	Freie Demokraten	anwesend ab 17:00 Uhr
Frau Sabine Frenkler	anerkannte freie Träger	
Frau Ute Parthum	anerkannte freie Träger	
Frau Julia Schultheiss	anerkannte freie Träger	
Herr Bodo Ströber	anerkannte freie Träger	

#### stellv. Ausschussmitglieder

Frau Wiebke Bartelt	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr René Kulke	DIE aNDERE	abwesend ab 19:00 Uhr
Herr Robert Müller	anerkannte freie Träger	

#### beratende Mitglieder

Herr Ron Bulgrin	Jugendvertreter	
Herr Robert Witzsche	Kita-Elternbeirat	
Frau Fereshta Hussain	Migrantenbeirat	anwesend ab 17:00 Uhr

#### Beigeordnete

Frau Brigitte Meier	Geschäftsbereichsleitung 2	abwesend ab 19:23 Uhr
---------------------	----------------------------	-----------------------

#### Nicht anwesend sind:

#### Ausschussmitglieder

Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Frau Annina Beck	DIE aNDERE	entschuldigt
Herr Chaled-Uwe Said	AfD	nicht entschuldigt
Frau Cornelia Krönes	anerkannte freie Träger	entschuldigt

### **Fach-/Bereichsleitende**

Frau Annegret Lauffer		entschuldigt
Herr Robert Pfeiffer	Fachbereichsleitung 23	entschuldigt

### **Schriftführer/in:**

Frau Eva Thäle

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
16.03.2023
- 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.04.2023
- 4 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters  
aus dem Kreisschülerrat
- 5 Informationen des Jugendamtes
- 5.1 Richtlinie Kindertagespflege
- 5.2 Qualitätsstandards Kindertagesbetreuung Teil „Konzept Kinder mit besonderen  
Bedarfen“
- 5.3 1 km<sup>2</sup> Bildung
- 5.4 Vorstellung Arbeit der Streetworker i.V.m. DS 23/SVV/0250 „Queerfeindliche  
Übergriffe verurteilen - präventive Maßnahmen in Golm ausweiten“
- 6 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB  
VIII
- 7 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 8 Satzung über die Festlegung und Erhebung von Elternbeiträgen für die  
Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsangeboten in Kindertagespflege,

für Potsdamer Kinder im Land Berlin sowie in Trägerschaft der  
Landeshauptstadt Potsdam ab 01.08.2023  
Vorlage: 23/SVV/0480  
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

- 9 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 9.1 Personalbedarfsanalyse  
Analyse zur Sicherung einer aufgabengerechten Personalausstattung der  
Stadtverwaltung  
Vorlage: 23/SVV/0298  
Oberbürgermeister, Personal und Organisation
- 9.2 Bebauungsplan Nr. 40 "Kaserne Kirschallee", 1. Änderung "Teilbereich David-  
Gilly-Straße"  
Vorlage: 23/SVV/0373  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung
- 9.3 Sitzungskalender 2024 (Januar - Mai)  
Vorlage: 23/SVV/0381  
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 9.4 „Kultur- und Bildungspass“ für Kinder und Jugendliche einführen  
Vorlage: 23/SVV/0391  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 9.5 Prävention statt Repression – gemeinsam gegen Queerfeindlichkeit  
Vorlage: 23/SVV/0404  
Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam
- 9.6 Richtlinie zur Ausgestaltung der Kindertagespflege in der Landeshauptstadt  
Potsdam (RL Kindertagespflege) zum 01.01.2023  
Vorlage: 23/SVV/0412  
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 10 Anträge
- 10.1 Erstellung der Vorschlagliste Jugendschöffinnen und Jugendschöffen für die  
Amtsperiode 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2028  
Vorlage: 23/SVV/0474  
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 11 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Reimann, eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.03.2023**

Herr Reimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind **12 von 15** stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Herr Reimann informiert zur Tagesordnung darüber, dass die Tagesordnungspunkte 5.2 „Qualitätsstandards Kindertagesbetreuung Teil „Konzept Kinder mit besonderen Bedarfen“ und 5.4 „Vorstellung Arbeit der Streetworker i.V.m. DS 23/SVV/0250 „Queerfeindliche Übergriffe verurteilen - präventive Maßnahmen in Golm ausweiten“ seitens der Verwaltung zurückgestellt werden. Weiterhin werden die Tagesordnungspunkte 9.4 „Kultur- und Bildungspass“ für Kinder und Jugendliche einführen, 23/SVV/0391“ und 9.6 „Richtlinie zur Ausgestaltung der Kindertagespflege in der Landeshauptstadt Potsdam (RL Kindertagespflege) zum 01.01.2023, 23/SVV/0412“ vor Tagesordnungspunkt 5 „Informationen des Jugendamtes“ vorgezogen.

Er stellt die Änderungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig **angenommen**.

Anschließend wird die so geänderte Tagesordnung von Herrn Reimann zur Abstimmung gestellt und ebenfalls einstimmig **angenommen**.

Anschließend bittet Herr Reimann um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 16.03.2023. Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung gibt es keine Anmerkungen und diese wird einstimmig **angenommen**.

Für die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses und Ausschusses für Bildung und Sport am Dienstag, den 20.06.2023 werden folgende Themen zur gemeinsamen Behandlung vereinbart:

- Aktionsplan kinderfreundliche Kommune als übergeordnetes Thema
- Bericht Krampnitz - Umsetzungsstand
- Maßnahmen- und Förderplan Chancengerechtigkeit - Umsetzungsstand
- Stand Öffnung Schulhöfe und Turnhallen

Zur Vorbereitung auf die Sitzung werden sich Herr Ströber, Herr Reimann und Herr Bulgrin mit Mitgliedern des Ausschusses für Bildung und Sport zusammenfinden.

**zu 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.04.2023**

Herr Reimann bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 27.04.2023. Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung gibt es keine Anmerkungen und diese wird einstimmig **angenommen**.

**zu 4 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat**

Herr Bulgrin berichtet zum Workshop zum Kinder- und Jugendstärkungsgesetz

am 06.05.2023. Der Jugendbeirat habe dort teilgenommen und sich eingebracht. Auf Nachfrage bestätigt er, dass man als Jugendbeirat insgesamt gut beteiligt worden sei (u.a. bei den Themen Beratung und Beteiligung in Ausschüssen).

Weiterhin bittet er darum Werbung für den Jugendbeirat zu machen (zum Beispiel in Jugendclubs oder Schulen), da voraussichtlich im kommenden Jahr viele derzeitige Mitglieder ihr Amt niederlegen werden und man neue Mitglieder benötige.

Frau Buhr ergänzt, dass man sich im Jugendbeirat darum Sorge, dass Freiflächen für Kinder und Jugendliche für Schulstandorte weichen müssten. Frau Dr. Müller kündigt einen Antrag für den kommenden Jugendhilfeausschuss zu diesem Thema seitens ihrer Fraktion an.

## **zu 5 Informationen des Jugendamtes**

### **zu 5.1 Richtlinie Kindertagespflege**

Der Tagesordnungspunkt wird mit dem Tagesordnungspunkt 9.6 „Richtlinie zur Ausgestaltung der Kindertagespflege in der Landeshauptstadt Potsdam (RL Kindertagespflege) zum 01.01.2023, 23/SVV/0412“ behandelt.

### **zu 5.2 Qualitätsstandards Kindertagesbetreuung Teil „Konzept Kinder mit besonderen Bedarfen“**

Der Tagesordnungspunkt wird seitens der Verwaltung bis zum 4. Quartal 2023 zurückgestellt.

### **zu 5.3 1 km<sup>2</sup> Bildung**

Frau Angela Fleischer, Pädagogische Werkstatt am Schlaatz, stellt das Projekt anhand einer Präsentation vor (**Anlage 1**).

### **zu 5.4 Vorstellung Arbeit der Streetworker i.V.m. DS 23/SVV/0250 „Queerfeindliche Übergriffe verurteilen - präventive Maßnahmen in Golm ausweiten“**

Der Tagesordnungspunkt wird seitens der Verwaltung zurückgestellt.

PAUSE 17:48 – 18:00 Uhr

## **zu 6 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII**

### UA JHP

Herr Ströber gedenkt Herrn Georg Papadopoulos und lädt, nach Rücksprache mit der Familie, die Mitglieder ein, an der Beisetzung am 23.06.2023 beizuwohnen.

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung tagte am Dienstag, den 16.05.2023.

Man habe zu Prüf- und Entscheidungskriterien in der Jugendförderung mit dem

Qualitätsmanagement gemeinsam mit der Unterarbeitsgemeinschaft der Arbeitsgemeinschaft Jugendförderung ein Verfahren entwickelt. Der Unterausschuss befürworte den Prozessvorschlag und die Verwaltung bringe den Beschlussvorschlag im September in den Jugendhilfeausschuss ein.

Zur Fortsetzung des Landesprogrammes zur Corona-Schulsozialarbeit informiert Herr Ströber, dass diese bis jetzt befristet landesfinanziert laufe. Die Förderrichtlinie zur Verstetigung liege aktuell zur Mitzeichnung dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport vor. Die psychosoziale Lage der jungen Menschen sei nach wie vor brisant und es würden alle Schulsozialarbeitenden bezüglich Einzelberatungen überangefragt. Präventionsangebote durch die Schulsozialarbeitenden hätten sich bewährt, könnten daher jedoch momentan nur bedingt angeboten werden.

Die Landeshauptstadt Potsdam habe zum § 75 SGB VIII „Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe“ eine Richtlinie erlassen, auf dessen Grundlage Träger diese Anerkennung betragen können. Der Jugendhilfeausschuss habe das Prüfverfahren 2008 beschlossen. Anträge würden zunächst seitens der Verwaltung geprüft und anschließend im Unterausschuss Jugendhilfeplanung besprochen. Eine entsprechende Beantragung sei seitens Montelino e.V. erfolgt. Unter anderem sei eine Kinderschutzvereinbarung erforderlich, diese liege vor. Gesetzes- und Richtlinienvorgaben würden erfüllt, der Träger sei mit seiner Arbeit im Jugendfördersegment gut bekannt. Die Anerkennung für Montelino e.V. sei demnach erfolgt.

Der Unterausschuss empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss in der Septembersitzung Kienbaum einzuladen, um die Ergebnisse und die Schlussfolgerungen der Verwaltung zur Organisationsuntersuchung vorgestellt zu bekommen. Ebenso wünscht man einen aktuellen Stand zur laufenden Organisationsuntersuchung. Der Unterausschuss empfiehlt zum Jahresende eine Klausur zur Thematik „Ergebnisse Kienbaum und aktuelle Organisationsuntersuchung“.

Für die Septembersitzung des Jugendhilfeausschusses wünsche man sich einen aktuellen Sachstand zur Umsetzung der Gremienstruktur.

In der gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfeausschusses mit dem Ausschuss für Bildung und Sport könne das zentrale Thema „kinderfreundliche Kommune“ sein.

In der Septembersitzung des Unterausschusses werde man erneut das Thema „Fachkräftemangel“ in Bezug auf Handlungsempfehlungen und Kriterien zur Personalbemessung behandeln.

Man wolle im Jugendhilfeausschuss im aktuellen Jahr erneut die Arbeit der Jugendberufsagentur, jedoch kritischer, betrachten. Dazu sollen alle drei Träger, das heißt die Agentur für Arbeit, das Jobcenter sowie der Fachbereich Bildung, Jugend und Sport, Aussagen treffen. In der Septembersitzung des Unterausschusses werden man demnach erneut das Thema „JBA-Vorstellung II im JHA“ behandeln.

Abschließend habe man besprochen, wie Arbeitsgemeinschaften Themen für die Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses anmelden könnten. Dies sei über die Verwaltung und über den Ausschussvorsitzenden möglich. Ebenfalls könne man Themen über das Rederecht der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII einbringen.

#### AG Kita

Die Arbeitsgemeinschaft hat nicht getagt.

#### AG HzE

Herr Küken merkt an, dass die gelegentliche Veränderung der Reihenfolge der Behandlung der Tagesordnungspunkte in der Ausschusssitzung aus seiner Sicht zu Verwirrung führe. Es sei wichtig, dass Entscheidungsträger der Verwaltung auch bei den Berichten der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII zugegen wären. Wenn diese Berichte erst zum Ende der Sitzung erfolgen, fühlen sich die Arbeitsgemeinschaften mit der Zeit nicht ernst- bzw. wahrgenommen.

Bezüglich des Tagesordnungspunktes Personalbedarfsanalyse habe sich aus Sicht der Träger der Hilfen zur Erziehung die problematische personelle Situation im ASD bereits vor Covid 19 abgezeichnet und im Verlauf der Pandemie verdichtet.

Das Anliegen der Verwaltung mehr dual Studierende einzustellen, um den Fachkräftemangel entgegen zu wirken, sei gut nachvollziehbar. Auch Hilfen zur Erziehungs-Träger kooperieren aus dem genannten Grunde mit Hochschulen. Allerdings würden zurzeit die entstehenden Kosten nicht refinanziert. Hier sei es wichtig, gute und flexible Finanzierungsmodelle zu vereinbaren.

Die Arbeitsgemeinschaft habe am 02.05.2023 getagt.

Zur weiteren Vernetzung und um im Bedarfsfall Kinder, Jugendliche und Familien schnell vermitteln zu können, seien folgende Angebote vorgestellt worden:

- Gesundheitsamt und dessen Arbeitsfelder durch Frau Magnussen als Psychiatriekoordinatorin der Landeshauptstadt
- NOW! Lotsen- und Beratungsstelle für psychische Gesundheit in Potsdam durch Herrn Seidemann - frühes, niedrighwelliges Netzwerkangebot mit den Zielgruppen Familien, Kinder, Jugendliche, Bezugspersonen und Fachkräfte. Hierbei sind auch aufsuchende Angebote möglich. Beratung und Hilfestellungen zum Thema psychische Erkrankung und Familie.
- Chill out e.V. Fachstelle für seelische Gesundheit für Kinder- und Jugendliche durch Frau Tietz und Kollegen - Workshops zum Thema Medienkonsum, Stress allgemein, Stress in Prüfungssituationen und bei Bedarf Krisenintervention und Unterstützung, Methoden für die Schulsozialarbeit

Ein weiteres Thema sei der offene Brief zum Thema „mangelnde Grundversorgung von Kindern und Jugendlichen“ an den Oberbürgermeister gewesen. Hier habe es einen Termin am 12.04.2023 mit Herrn Pfeiffer gegeben. Ein zweites geplantes Treffen Ende April habe leider nicht stattgefunden. Frau Peters wolle eine Rückmeldung von Frau Meyer einholen, welche noch ausstehe.

In der Arbeitsgemeinschaft sei weiterhin über Systemsprenger berichtet worden. Hier würden die Anfragen steigen. Es fänden große Fachrunden statt und trotz bundesweiter Suche werden teilweise nur schwer Plätze gefunden.

Im stationären Bereich sei eine Erhöhung der Tagessätze 2,55 Euro ab dem 01.06.2023 vereinbart worden. Es gebe aber grundsätzlichen Bedarf, die vorhandenen Kennzahlen anzupassen und zu verhandeln.

Im ambulanten Bereich haben die Träger die vorhandenen Verträge zum 30.06.2023 gekündigt, um mit der Verwaltung neue tariflich angepasste LQEV's zu vereinbaren. Diese würden bis zum 31.12.2023 gelten. Grundsätzlich habe die Verwaltung den Wunsch zum 01.01.2024 eine Rahmenvereinbarung mit den ambulanten HZE-Trägern zu erarbeiten und abzuschließen. Ein erster Termin der Träger dazu habe im Mai stattgefunden, ein weiterer sei für den 12.06.2023 geplant und am 06.07.2023 würden erste Gespräche mit Verwaltung und Jugendamt stattfinden.

#### AG JuFö

Die Arbeitsgemeinschaft hat nicht getagt.

Frau Tietz bittet darum, folgende Themen in der Junisitzung des Jugendhilfeausschusses zu behandeln: Wie geht es mit der offenen Stelle der Jugendarbeit in Babelsberg weiter; aktueller Sachstand PLUS-Projekte.

#### **zu 7 Bericht des Kita-Elternbeirates**

Herr Witzsche berichtet zum KiTAKOLLAPS-Aktionstag und gibt Informationen zur Beiratssitzung (Themen: Neuwahl, Vernetzung, AG Mitwirkung, Aktionstag). Weiterhin müsse man aus Sicht des Kita-Elternbeirates beim Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplan (IKSEP) bezüglich der Platzkapazitäten der Grundschulen (und Kitas) mit Puffer planen, da das Wunsch- und Wahlrecht der Familien (zum Beispiel zu konzeptioneller Ausrichtung) aktuell kaum realisierbar sei. Er fragt abschließend zur Thematik „Kindeswohlprinzip in kommunalen Haushaltsaufstellungsverfahren“ (23/SVV/0394), was die nächsten Schritte seien und ob es eine Beteiligung des Jugendhilfeausschusses im Verfahren gebe.

#### **zu 8 Satzung über die Festlegung und Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsangeboten in Kindertagespflege, für Potsdamer Kinder im Land Berlin sowie in Trägerschaft der Landeshauptstadt Potsdam ab 01.08.2023 Vorlage: 23/SVV/0480**

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport  
**- Vorbehandlung -**



Frau Meier bringt die Beschlussvorlage ein. Herr Henkelmann ergänzt, dass seit dem 01.01.2023 das Brandenburgpaket gelte. Mit Blick auf den grundsätzlichen Vorrang des Brandenburgischen Kitagesetzes gegenüber der zu beschließende Satzung finden entsprechende Regelungen des Brandenburgpaketes (Beitragsfreiheit bis 35 T€ Nettohaushaltseinkommen sowie Beitragsdeckelung bis 55 T€ Nettohaushaltseinkommen) auch in der Landeshauptstadt Potsdam Anwendung. Rechtlich sei der Verwaltung jedoch nahegelegt worden, dass man die Satzung ohne die neuen Regelungen zum Beschluss bringt, um auch ab 2025 bestehende Regelungen zu haben sowie um die Abrechenbarkeit der Einnahmeausfälle gegenüber dem Land Brandenburg nicht zu gefährden. Sobald die Kindertagesstätten voraussichtlich in 2024 in Krampnitz eröffnet würden, müsse man jedoch eine Anpassung vornehmen, um die Kosten der zusätzlichen Einrichtungen in den Berechnungen zu berücksichtigen. Man sei auch bestrebt spätestens nach dem ersten vollständigen Haushaltsjahr der kommunalen Einrichtungen Neuberechnungen durchzuführen, da man dann die Istkosten habe, auf deren Basis sodann eine Istkostenkalkulation durchgeführt werden kann. Momentan sei die Aufstellung nur mit prognostizierten Kosten möglich.

Frau Frenkler bittet zu Protokoll zu nehmen, dass die von der kommunalen Elternbeitragssatzung getrennt zu betrachtende stadtweite Vereinheitlichung der Kitaelternbeiträge grundsätzlich weiterverfolgt werden sollte.

In der anschließenden Diskussion wird vereinbart, dass man unter dem Punkt 3 im Beschlussvorschlag „vorbehaltlich“ durch „unter Berücksichtigung“ ersetze.

Herr Reimann stellt die Änderungen der Drucksache zur Abstimmung.

**Abstimmung:**  
einstimmig **angenommen**

Anschließend stellt er die geänderte Beschlussvorlage zur Abstimmung.

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

1. Die „Satzung über die Festlegung und Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsangeboten in Kindertagespflege, für Potsdamer Kinder im Land Berlin sowie in Trägerschaft der Landeshauptstadt Potsdam ab 01.08.2023“ einschließlich der Anlagen tritt zum 01.08.2023 in Kraft.
2. Folgende Grundsätze finden Anwendung:
  - Elternbeitragssatzung inkl. Elternbeitragstabelle der Landeshauptstadt Potsdam auf Basis der sozialverträglichen Beitragssätze der freien Träger
    - Trägerbezogene Höchstbeiträge liegen jeweils unter den rechnerisch (Plan- und Ist-Kosten) ermittelten Höchstbeiträgen der kommunalen Standorte
    - Grundlage bildet jeweils der Träger, dessen Höchstwerte

am nächsten unter den ermittelten Ist-Höchstbeiträgen der kommunalen Standorte liegen

- Linearer Staffelungsverlauf der Beiträge
- Erste Einkommensstufe bei 20.000 € (Netto) pro Jahr
- Letzte Einkommensstufe bei 67.500 € (Netto) pro Jahr
- Festsetzung des Einstiegsbeitrags bei 20 € pro Monat
- Anwendung des Nettoeinkommensbegriffs (analog § 2a KitaG)
- Geschwisterkindregelung: Prozentuale Reduzierung um jeweils 20 Prozent ab 2 unterhaltsberechtigten Kindern je betreutem Kind
- Geschwisterkindregelung: Beitragsfreiheit ab dem 6. Kind
- Betreuungsstufen Kindertagespflege: 6 Stunden, 7 Stunden, 8 Stunden, 9 Stunden, 10 Stunden
- Betreuungsstufen kommunale Einrichtungen bzw. Potsdamer Kinder in Berlin: 6 Stunden, 7 Stunden, 8 Stunden, 9 Stunden, 10 Stunden, Hort: 4 Stunden, 5 Stunden, 6 Stunden
- Festsetzung des Essengeldes auf 39,83 € pro Monat

Der Oberbürgermeister wird ~~vorbehaltlich~~ **unter Berücksichtigung** weiterer landesgesetzlicher Regelungen beauftragt, erstmalig zum 01.01.2025 die Höchstbeiträge (Platzkosten inkl. Staffelung) sowie jährlich das Essengeld (erstmalig zum 01.01.2024) zu prüfen und ggfs. eine Anpassung der Beitragstabelle und des Essengeldes vorzunehmen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig **angenommen**

**zu 9 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 9.1 Personalbedarfsanalyse**

**Analyse zur Sicherung einer aufgabengerechten Personalausstattung der Stadtverwaltung**

**Vorlage: 23/SVV/0298**

Oberbürgermeister, Personal und Organisation

Frau Dr. Kletzing, Fachbereichsleitung Personal und Organisation, bringt die Mitteilungsvorlage anhand einer Präsentation ein (**Anlage 2**).

In der anschließenden Diskussion wird darauf aufmerksam gemacht, dass man weiterhin einen hohen Stellenbedarf im Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport sehe. Vor allem der Bereich des Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) sei weiterhin unterbesetzt. Frau Dr. Kletzing ergänzt, dass man inzwischen verwaltungsintern neue Wege bezüglich der Stellenbesetzungen einschlage. Zum einen würde man geschäftsbereichsübergreifend Stellen ausleihen und zum anderen könne man mittlerweile krisenbedingt flexibel jenseits des Stellenplans Stellen für maximal 6 Monate besetzen.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

**zu 9.2 Bebauungsplan Nr. 40 "Kaserne Kirschallee", 1. Änderung "Teilbereich David-Gilly-Straße"**

**Vorlage: 23/SVV/0373**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung

Frau Meier und Herr Henkelmann bringen die Beschlussvorlage ein. Sie ergänzen, dass die Freizeitstätte perspektivisch in die Georg-Herrmann-Allee ziehe. Erste Abstimmungen dazu sind mit der ProPotsdam GmbH in der 22. KW geplant. In der Zeit bis zu deren Eröffnung wird seit 01.01.2023 eine Jugendfreizeitstätte im Bornstedter Feld durch Montelino betrieben.

In der anschließenden Diskussion wird deutlich, dass man für eine Beschlussfassung weitere detaillierte Informationen benötige, die nicht aus der Beschlussvorlage hervorgehen. Dem Fachbereich Stadtplanung, welcher hierzu aussagefähig wäre, war es jedoch nicht möglich der Ausschusssitzung beizuwohnen. Frau Tietz stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung der Druckvorlage. Herr Otto hält eine Gegenrede, da die Beschlussvorlage schon im Bauausschuss beschlossen worden sei. Frau Dr. Müller hält eine Fürrede zur Zurückstellung.

Herr Reimann stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

**Abstimmung:**  
einstimmig angenommen

Die Beschlussvorlage wird bis zur Septembersitzung zurückgestellt.

### zu 9.3 **Sitzungskalender 2024 (Januar - Mai)**

**Vorlage: 23/SVV/0381**

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Herr Reimann bringt den Antrag ein. Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss auch nach der Kommunalwahl 2024 bis Oktober bestehe und Termine rechtzeitig gefunden werden müssen.

Er stellt den Antrag zur Abstimmung.

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Sitzungskalender 2024 (Januar – Mai 2024) als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen

### zu 9.4 **„Kultur- und Bildungspass“ für Kinder und Jugendliche einführen**

**Vorlage: 23/SVV/0391**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Bartelt bringt den Antrag ein.

In der anschließenden Diskussion wird seitens der Verwaltung deutlich, dass man

das Verfahren grundsätzlich befürworte. Frau Christiane Gawlik, Bereichsleiterin Soziale Leistungen und Integration, verweist jedoch auch darauf, dass die ermittelten Kosten für Einführung (500.000 Euro) und monatliche Pflege der App (10.000 Euro) nicht im aktuellen Haushalt berücksichtigt wären und somit aktuell keine Einführung möglich wäre. Auch die Ausschussmitglieder befürworten den Antrag. Frau Parthum verweist darauf, dass das Kinder- und Jugendportal „Hast´n Plan“, eine Kooperation der Landeshauptstadt Potsdam mit der Medienwerkstatt Potsdam, zum 01.07.2023 gelauncht werde und sie Möglichkeiten sehe, die geforderten Funktionen des Antrages mit dem Portal zu verknüpfen.

Man befürworte den Änderungsantrag des Ausschusses für Bildung und Sport, wolle diesen jedoch noch um einen Zwischenbericht Ende 2023 ergänzen.

Herr Reimann stellt die Änderungen der Drucksache zur Abstimmung.

**Abstimmung:**  
einstimmig **angenommen**

Anschließend stellt er den so geänderten Antrag zur Abstimmung.

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen App- **und kartenbasierten** „Kultur- und Bildungspass“ für Kinder und Jugendliche einzuführen, der u.a. folgende Kriterien erfüllen soll:

- Entbürokratisierung durch Wegfall der ~~angebots-/ leistungsbezogenen Einzelantragstellung~~ **Antragstellung**;
- Bündelung der Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung;
- Bündelung der Angebote aus Bildung, Kultur und Freizeit der Stadt Potsdam;
- einfach und intuitive Bedienung, sodass sie von Kindern und Jugendlichen eigenständig bedient und Angebote/ Leistungen gebucht werden können.

Über die ~~Umsetzungsfortschritte~~ **Umsetzungsplanung** ist den Stadtverordneten ~~beginnend mit den~~ **bis zum 4. Quartal 2024** zu berichten. **Ein Zwischenbericht erfolgt Ende 2023. Die Umsetzung ist zum Schuljahr 2025/2026 anzustreben und die erforderlichen Mittel sind in den Haushalt 2025/2026 einzustellen.**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen**

**zu 9.5 Prävention statt Repression – gemeinsam gegen Queerfeindlichkeit**  
**Vorlage: 23/SVV/0404**  
Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam

Frau Dr. Müller bringt den Antrag ein.

Herr Reimann stellt die Drucksache zur Abstimmung.

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung beobachtet die Entwicklungen in Golm, die im Februar in einem queerfeindlichen Angriff auf Studierende gipfelte, mit Sorge und regt daher die schnellstmögliche Einberufung einer Runde **unter Federführung des Bündnisses Potsdam bekennt Farbe** aus Vertreter:innen des Ortsteils (inklusive Beteiligung von Sozialarbeiter:innen aus dem Jugendclub, sowie Lehrkräften und Ortsbeirat), Vertreter:innen der Universität Potsdam (inklusive Studierendenvertreter:innen, Studierendenwerk, Mitarbeiter:innen und Hochschulleitung), sowie Vertreter:innen der Stadt (inklusive Vertreter:innen der Verwaltung und des Jugendhilfeausschusses) an.

Ziel soll die Entwicklung von Maßnahmen und Angeboten zur Vermeidung weiterer Übergriffe sein. Hierfür ist die kontinuierliche Aufklärung über und die Bekämpfung von Queerfeindlichkeit, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und weiteren Diskriminierungsformen ebenso notwendig, wie die Stärkung der Zivilgesellschaft. Der Oberbürgermeister wird dazu aufgefordert der Stadtverordnetenversammlung bis zum Ende des 2. Quartals auf Grundlage des Austausches ein Maßnahmenpaket mit kurz- und mittelfristig realisierbaren Strategien und Projekten vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig **angenommen**

**zu 9.6 Richtlinie zur Ausgestaltung der Kindertagespflege in der Landeshauptstadt Potsdam (RL Kindertagespflege) zum 01.01.2023  
Vorlage: 23/SVV/0412**

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Der Tagesordnungspunkt wird mit dem Tagesordnungspunkt 5.1 „Richtlinie Kindertagespflege“ behandelt.

Herr Henkelmann bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Reimann stellt die Drucksache zur Abstimmung.

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

1. Die Richtlinie zur Ausgestaltung der Kindertagespflege in der Landeshauptstadt Potsdam (RL Kindertagespflege) inklusive Anlage 1 tritt zum 01.01.2023 in Kraft. Die Richtlinie vom 01.01.2021 tritt mit Inkrafttreten der o. g. Richtlinie außer Kraft.
2. Der Fachbereich Bildung, Jugend und Sport wird beauftragt, die Höhe der erstattungsfähigen Aufwendungen regelmäßig unter Beachtung der bundes- und landesweiten Entwicklungen zu überprüfen. Bei der

fortlaufenden Weiterentwicklung der Ausgestaltung der Kindertagespflege in der LHP sind insbesondere die geplanten Gesetzesänderungen für die Kindertagespflege auf Landesebene zu berücksichtigen.

3. Der Fachbereich Bildung, Jugend und Sport wird beauftragt, modellhaft weiterführend mit den freien Trägern zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Qualität zu kooperieren.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen**

**zu 10 Anträge**

**zu 10.1 Erstellung der Vorschlagliste Jugendschöffinnen und Jugendschöffen für die Amtsperiode 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2028**

**Vorlage: 23/SVV/0474**

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Herr Henkelmann bringt die Beschlussvorlage ein. Geprüft und gefiltert werde nach Kriterien wie deutsche Staatsbürgerschaft, Alter muss zwischen 25 bis 69 Jahre liegen, Wohnort muss Potsdam sein, gesundheitliche Eignung muss vorliegen, etc.

In der anschließenden Diskussion wird darauf verwiesen, dass der Jugendhilfeausschuss für die Zukunft eigene Kriterien aufstellen sollte, um als Ausschuss abstimmen zu können.

Herr Reimann stellt die Drucksache zur Abstimmung.

**Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:**

Vorschlagliste Jugendschöffinnen und Jugendschöffen für die Amtsperiode 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2028 und dessen Übermittlung an das Amtsgericht Potsdam.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen**

**zu 11 Sonstiges**

Herr Ströber berichtet, dass der offene Brief an den Oberbürgermeister bezüglich des Beschlusses der letzten Stadtverordnetenversammlung zur Mitzeichnung des Positionspapieres kinderfreundliche Kommune 23/SVV/0394 als Tischvorlage für die Mitglieder zur Information ausliege.